

■ Drucksachen

Der Hexenmeister beherrscht die Gewalten nicht mehr. Marx und Engels über Weltmarkt, Freihandel und Krisen. Klassiker

■ Schwarzer Kanal

Hässliche Unholde. Die deutschen Leitmedien mögen die Gegner von TTIP und CETA nicht. Von Arnold Schölzel

■ Reportage

Kirchenkampf in Cölbe. Über Denkmalschutz und Flüchtlingshilfe in einer hessischen Gemeinde. Von Gitta Düperthal

■ XYZ

Lasst euch nicht knechten! Über Herrschaft und Ideologie in der digitalen Arbeitswelt. Von Thomas Wagner



Die 26jährige Jennelyn Olaires umklammert den Körper ihres Partners – er wurde von einer »Bürgerwehr« getötet. Das Pappschild neben der Leiche trägt die Aufschrift »Pusher Ako«, auf deutsch: »Ich bin ein Drogenhändler« (Pasay City, Metropolregion Manila, 23. Juli 2016)

CZAR DANCEL/REUTERS

»Es gibt die Sehnsucht nach der starken Hand«

Gespräch ■ Mit Johannes Icking. Über die Entmenschlichung der Politik unter dem neuen philippinischen Präsidenten Duterte, die Versuche, Exdiktator Marcos zu rehabilitieren, und das Schweigen der Bundesregierung

In wenigen Tagen, am 21. September, jährt sich zum 44. Mal die Verhängung des Kriegsrechts durch den damaligen Präsidenten Ferdinand E. Marcos. Den zahlreichen Opfern dieser Ära in der philippinischen Nachkriegsgeschichte sind international – beispielsweise seitens des Distriktsgerichts in Honolulu, Hawaii – und durch Nachfolgeregierungen in Manila Entschädigungen zuerkannt worden. In welchem Umfang und in welcher Höhe sind bis dato Hilfen und Zahlungen an die Hinterbliebenen erfolgt?

Es gibt mehrere parallel laufende Entschädigungsverfahren, die allesamt darauf basieren, das riesige Vermögen, das

Marcos zusammengerafft und außer Landes geschafft hat – wir sprechen von geschätzten zehn Milliarden US-Dollar – zu konfiszieren und damit den Opfern

Wiedergutmachung zu leisten. Zunächst haben sich die Opfer selbst zusammengeschlossen und vor allem in den USA private Entschädigungsklagen gegen die

Marcos-Familie angestrengt. Sie haben das auch gegen den Widerstand der Nachfolgeregierungen getan, die das Geld für die Staatskasse beanspruchten. 1995 wurden ihnen von einem Gericht in Hawaii (Marcos und sein Anhang waren 1986 in den US-Staat geflohen, *jW*) zwei Milliarden Dollar als Kompensation für das ihnen zugefügte Leid zugesprochen. Der Marcos-Clan, also Frau Imelda und Sohn Ferdinand Marcos junior, genannt »Bongbong«, verweigerten aber jedwede Zahlung. Mittlerweile waren sie ja beide in die Philippinen zurückgekehrt, so dass die US-amerikanische Justiz das Urteil nicht durchsetzen konnte. 2011 wurden nach einer separaten Klage in den USA zum



Johannes Icking

... ist Politikwissenschaftler und seit 2013 Koordinator des »Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen« (AMP), das seinen Sitz in der Stiftung Asienhaus in Köln hat. Das Netzwerk kirchlicher Hilfswerke und deutscher Menschenrechtsorganisationen wurde im Jahre 2008 gegründet und setzt sich gegenüber der deutschen Regierung und den EU-Institutionen für die Achtung der Menschenrechte in dem südostasiatischen Land ein

■ Fortsetzung auf Seite zwei

■ Fortsetzung von Seite eins

ersten Mal an 7.500 Opfer jeweils 1.000 Dollar ausgezahlt. Ein eher symbolischer Betrag.

2011 hat sich die philippinische Regierung unter Präsident Benigno Aquino III. dann doch dazu durchgerungen, Opfer über einen Staatsfonds in Höhe von zehn Milliarden Peso (zirka 190 Millionen Euro, jW) zu entschädigen, auch dieser gefüllt mit konfisziertem Marcos-Geld. 75.000 Menschen haben daraufhin Ansprüche angemeldet. Die werden zur Zeit von einer Kommission geprüft. Angeblich sollen im nächsten Jahr endlich die ersten Gelder fließen.

„ Opposition gegen Dutertes brutalen Drogenkrieg gibt es natürlich auch. Die katholische Kirche äußert deutliche Kritik, und auch Teile der Menschenrechtsbewegung tun es. Bedauerlich ist allerdings, dass große Teile der Linken mehr oder weniger die Füße stillhalten.

Wie erklären Sie sich, dass 30 Jahre nach dem Sturz von Marcos senior sein Sohn bei den allgemeinen Wahlen am 9. Mai fast Vizepräsident geworden wäre?

Die Familie Marcos konnte sich nach der Rückkehr aus dem Exil in den USA 1991, wohin sie nach der »People Power«-Revolution 1986* geflohen war, relativ schnell wieder als politische Kraft etablieren. »Bongbong« Marcos wurde schon ein Jahr danach in das Repräsentantenhaus gewählt. Später war er Gouverneur in der traditionellen Machtbasis der »Marcoses« im Norden der Philippinen und Senator. Dass er das Vizepräsidentenamt anstrebte, war also nur der nächste logische Schritt auf der politischen Karriereleiter und kam keineswegs überraschend.

Dass es überhaupt so weit kommen konnte, liegt wohl daran, dass in der breiten Bevölkerung eine Aufarbeitung der schweren Menschenrechtsverletzungen unter seinem Vater nie wirklich stattgefunden hat. Im Wahlkampf wurde deutlich, dass die Marcos-Zeit von vielen Filipinos verklärt wird. Folter, Morde und Verschwindenlassen von Oppositionellen werden als notwendige Übel im Kampf gegen den kommunistischen Aufstand gerechtfertigt. Und dass Marcos das Land durch Korruption völlig heruntergewirtschaftet hatte, wird ausgeblendet. Statt dessen gibt es die Sehnsucht nach der starken Hand, für die Marcos steht, und die dann auch zum Sieg von Duterte geführt hat.

Der seit dem 30. Juni amtierende

neue Präsident Rodrigo R. Duterte hat mehrfach öffentlich bekundet, Marcos senior nun doch auf dem »Libingan ng mga Bayani«, dem Heldenfriedhof in Manila, bestatten zu lassen. Also posthum: Marcos ein Held?

Marcos ist bestimmt kein Held. Das behauptet ja nicht mal Duterte, der seine Entscheidung damit begründet, dass Marcos das Begräbnis auf dem Heldenfriedhof schon allein deshalb zustehe, weil er als Soldat gedient habe. Und das obwohl die Nationale Historische Kommission noch einmal darauf hingewiesen hat, dass seine angeblichen militärischen Verdienste im Kampf gegen die Japaner im

Zweiten Weltkrieg wohl allesamt von ihm erfunden worden waren. Entscheidend ist aber, dass dieses Begräbnis ein weiterer Schritt zur Rehabilitierung des Marcos-Regimes wäre.

Überhaupt scheint der neue Präsident ein enger Freund der Marcoses und ein Bewunderer des Seniors zu sein. Woraus resultiert diese Zuneigung?

Die beiden haben sicherlich einige Gemeinsamkeiten. Nicht zuletzt die Verachtung für demokratische Institutionen und Menschenrechte. Dutertes Politikverständnis zeigt quasi-diktatorische Züge. Von »Checks and Balances«, der gegenseitigen Kontrolle der Verfassungsorgane, hält er nämlich überhaupt nichts. Bei alledem darf man nicht vergessen, dass Duterte in einer – für philippinische Verhältnisse – sauberen Abstimmung mit hohem Vorsprung vor seinen politischen Konkurrenten gewählt wurde. Zwar strebt er jetzt auch eine Verfassungsänderung an. Allerdings nicht, um, was für einen Diktator typisch wäre, die Beschränkung seiner Amtszeit aufzuheben. Sondern er will in den Philippinen ein föderales politisches System errichten – also Macht von Manila weg in die Provinzen verlagern. Interessant ist, dass Duterte sich auch als Kämpfer gegen die Korruption darstellt. Wie er das mit seiner Bewunderung für Marcos senior, dem prototypischen Kleptokraten, in Einklang bringen will, bleibt allerdings sein Geheimnis.

Ein besonderes Markenzeichen des seit gut elf Wochen amtierenden

Präsidenten scheint es zu sein, vor allem mit Drogendealern kurzen Prozess zu machen und dabei den Tod Tausender in Kauf zu nehmen. Wie ist darauf im Land bislang reagiert worden? Sehen Sie Anzeichen dafür, dass der Präsident – wie zwischenzeitlich angedroht – sich anschiekt, nach Marcos als zweiter Präsident landesweit das Kriegsrecht zu verhängen?

Was im Moment in den Philippinen passiert, kann man nur als soziale Säuberung bezeichnen, in deren Verlauf die Gesellschaft von unliebsamen Elementen »gereinigt« werden soll. Betroffenen sind deshalb vor allem die Armen. Dutertes Kampf gegen die Drogen richtet sich ja nicht nur gegen Händler. »Mutmaßliche« muss man immer dazusagen; wer genau die Opfer sind,

weiß ja keiner. Duterte hat auch offen zum Mord an Drogenabhängigen aufgerufen. Wenn man einen kennt, solle man selbst zur Waffe greifen. Man würde der Familie des Süchtigen damit einen Gefallen tun. Nach einem Jahr Drogenkonsum, sei das Gehirn so stark geschädigt, dass eine Rehabilitation nicht mehr möglich sei. So etwas gibt der Präsident dieses Landes offen von sich. Das ist die absolute Entmenschlichung des gesellschaftlichen und politischen Diskurses.

Zur Reaktion der Zivilgesellschaft muss man zunächst konstatieren, dass Dutertes Politik enorme Zustimmung in der Bevölkerung genießt. In seiner 22jährigen Amtszeit als Bürgermeister von Davao City hat er ja vorexerziert, was sich jetzt überall im Land abspielt. Dort hat er ein Todesschwadron, das sogenannte Davao Death Squad, eingesetzt oder zumindest gewähren lassen, das über die Jahre mehrere hundert Kleinkriminelle und Straßenkinder umgebracht hat. Und er ist nicht trotz dieser massiven Menschenrechtsverletzungen, sondern gerade deswegen gewählt worden. Im Wahlkampf hat er ja angekündigt, die Fische in der Manila-Bucht würden fett werden mit den 100.000 Toten, für die er sorgen würde.

Opposition gegen Dutertes brutalen Drogenkrieg gibt es natürlich auch. Die katholische Kirche äußert deutliche Kritik, und auch Teile der Menschenrechtsbewegung tun es. Bedauerlich ist allerdings, dass große Teile der Linken mehr oder weniger die Füße stillhalten. Das liegt auch daran, dass Duterte die Friedensverhandlungen mit den kommunistischen Rebellen vorantreibt und im Zuge dessen viele politische Gefangene freigelassen hat. Beides hatte die Linke jahrelang gefordert.

Die Drohung, dass er das Kriegsrecht verhängt, hat Duterte kürzlich wiederholt, als die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs es wagte, leise Kritik an ihm zu üben. Während des Wahlkampfs hatte er gedroht, den Kongress aufzulösen, wenn der ihm in die Quere kommt. Duterte hat überhaupt keinen Respekt vor demokratischen Institutionen – die ohnehin schwach sind – und erst recht keinen vor der Gewaltenteilung. Nur, im Moment sind weder Justiz noch Legislative eine ernste Bedrohung für seine Politik. Und solange sich das nicht ändert, ist er gar nicht darauf angewiesen, das Kriegsrecht zu verhängen.

Ende November jährt sich zum siebten Mal das sogenannte Ampatuan-Massaker auf der südlichen Insel Mindanao. Bei diesem Verbrechen während eines Vorwahlkampfes kamen am 23. November 2009 58 Personen – darunter 32 Medientreter – ums Leben. Was ist seither geschehen? Werden zumindest die Hinterbliebenen der Opfer staatlicherseits angemessen versorgt oder betreut?

Dass bis heute niemand für diesen Massenmord verurteilt wurde, ist ein Skandal. Der Prozess gegen die beschuldigten Mitglieder des Ampatuan-Clans läuft seit nunmehr fünf Jahren. Ampatuan Senior, der mutmaßliche Drahtzieher, ist in der Zwischenzeit im Gefängnis gestorben. Dass der Prozess so lange dauert, liegt unter anderem daran, dass die Anwälte der Verteidigung das Verfahren mit über 500 Verfahrensanträgen hinauszögern. Davon versprechen sie sich, dass der neue Präsident zu ihren Gunsten in das Verfahren eingreift. Duterte hat dann auch prompt einen der Ampatuan-Anwälte zu seinem Chefberater für Rechtsfragen gemacht. Ob das Kalkül aufgeht, müssen wir abwarten. Zum Glück gibt es bis jetzt kein Anzeichen, dass Duterte wirklich in den Prozess eingreift.

Von einer angemessenen Versorgung der Hinterbliebenen kann keine Rede sein. Nicht ohne Grund gab es zwischen-

zeitlich Gerüchte, die Familien der Opfer würden mit den Ampatuans außergerichtlich über Entschädigungszahlungen verhandeln. Daraus ist aber scheinbar nichts geworden. Der Staat schafft es ja nicht einmal, die Zeugen des Prozesses zu schützen. Drei wurden ermordet. Der letzte 2014, als er gerade auf dem Weg war, seine Aussage zu Protokoll zu geben.

Für Journalisten rangieren die Philippinen im Spitzenbereich der Länder, in denen die Ausübung ihrer Tätigkeit als gefährlich eingestuft wird. Können Sie dazu konkrete Zahlen nennen? Wie viele kamen ums Leben, was sind laut philippinischen und internationalen Journalistenvereinigungen die größten Gefahrenpotentiale ihrer Arbeit?

Nicht nur für Journalisten, sondern auch für politische Aktivisten und überhaupt für alle, die sich mit den Mächtigen anlegen und wirtschaftlichen Interessen in die Quere kommen, sind die Philippinen eines der gefährlichsten Länder der Welt. Nächstes Jahr im Mai wird das Land wieder vom UN-Menschenrechtsrat im Rahmen des sogenannten Universellen Periodischen Überprüfungsverfahrens in Augenschein genommen. Dafür haben wir die Zahlen seit der letzten Überprüfung 2012 zusammengetragen: Seitdem wurden mindestens 35 Journalisten und 146 politische Aktivisten ermordet. Morde an Journalisten haben oft einen Hintergrund in der Lokalpolitik. Etwa, wenn sie einem Provinzbürgermeister Korruption nachweisen. Die getöteten Aktivisten waren vor allem in der Landreformbewegung und im Widerstand gegen Bergbauprojekte aktiv. Ganz stark betroffen sind auch Indigene, die vom Militär und von Paramilitärs beschuldigt werden, die kommunistischen Rebellen zu unterstützen.

Der Einsatz für Menschenrechte ist per se kein freudvolles Unterfangen. Was waren in Ihrer bisherigen Tätigkeit besonders deprimierende Erfahrungen, und was ließe sich demgegenüber als Erfolg verbuchen?

Besonders deprimierend ist die Situation gerade jetzt nach der Wahl. Bei allen gravierenden Verletzungen der Menschenrechte haben sich die Vorgängerregierungen zumindest rhetorisch zu diesen bekannt. Auch waren sie, wenn man es mal mit anderen asiatischen Staaten vergleicht, einigermaßen zugänglich für Kritik. Da kann man dann als Menschenrechtler ansetzen. Das kann man bei Duterte völlig vergessen. Auf die Kritik von UN-Sonderberichterstatter hat er erklärt, die Philippinen könnten ja aus den Vereinten Nationen austreten. Auch wenn das völliger Quatsch ist und nicht passieren wird. Es zeigt allerdings, dass diesem Mann die internationale Reputation des Landes völlig egal ist.

Mit den Erfolgen war es immer schon schwierig. Für uns ist es bereits ein großer Erfolg, wenn wir uns für einen inhaftierten Menschenrechtsaktivisten einsetzen und er nur zwei statt zehn Jahre zu Unrecht im Gefängnis sitzt.

Welche Forderungen stellen Sie mit Blick auf die bilateralen deutsch-philippinischen Beziehungen an die Bundesregierung?

Bisher haben wir weder von der Bundesregierung noch von der EU auch nur ein kritisches Wort zur katastrophalen Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land gehört. Wir erwarten, dass Deutschland jetzt endlich klare Haltung bezieht und die von oberster Stelle angeordneten Tötungen scharf und vor allem öffentlich kritisiert. Außerdem müssen die gerade laufenden Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Philippinen solange ausgesetzt werden, bis sich die Regierung Duterte verbindlich zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards bekennt.

Das Gespräch führte Rainer Werning

* Im Zuge der »People Power«-Revolution, die ihren Höhepunkt zwischen dem 22. und 25. Februar 1986 erreichte, wurde die Marcos-Familie von der US-Luftwaffe ins Exil nach Hawaii ausgeflogen. Zwei Inspiratoren und Profiteure des Marcos-Sturzes waren früher ausgerechnet tragende Säulen seines Regimes – Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und Polizeichef Fidel V. Ramos. Letztlich leitete die neue Regierung unter Corazon C. Aquino eine Rückkehr des Landes zur »Elitendemokratie« ein, wie es der einstige Senatspräsident Jovito Salonga trefflich formuliert hatte. Aquino verklärte sogar zig während ihrer Amtszeit entstandene antikommunistische Bürgerwehren als »Verkörperung von People Power«. (rw)

ANZEIGE

Das sozialistische Kuba braucht auch weiterhin unsere Solidarität!

In Lateinamerika gewinnt die politische Rechte an Boden zurück. Derzeit stehen besonders die fortschrittlichen Staatsoberhäupter Brasiliens und Venezuelas unter enormem Druck. Solidarität mit Kuba bedeutet: Unterstützung seines sozialistischen Gesellschaftsmodells und damit Bewahrung und Entwicklung einer Alternative zu Imperialismus und Neoliberalismus sowie Stärkung der antineoliberalen Bewegung und des Integrationsprozesses in Lateinamerika.

Bitte unterstützt unsere Projektarbeit in Kuba sowie unsere politische Arbeit in der Bundesrepublik!

Sonderspendenkonto

beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Si:
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC: BELA2633XXX. Bitte Verwendungszweck angeben:
„Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“.

Cuba Si

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org